

Gemeinsame Erklärung zu Nordirland

**abgegeben vom britischen Premierminister John Major und dem
irischen Ministerpräsidenten Albert Reynolds am 15. Dezember 1993**

(Wortlaut)

Mit der nachstehend dokumentierten Erklärung richten der britische Premierminister und der irische Ministerpräsident ein Gesprächsangebot an die Bürgerkriegsparteien in Nordirland. Im Dezember vergangenen Jahres waren Kontakte zwischen der Irisch-Republikanischen-Armee (IRA) und der britischen Regierung bekannt geworden, letztere hatte Verbindungen zuvor stets bestritten. „Offizielle“ Stellungnahmen (das 20 Jahre bestehende Verbot von Rundfunk- und Fernsehinterviews wurde von der irischen Regierung erstmals nicht verlängert) von Sinn Fein, der politischen Vertretung der IRA, liegen bislang nicht vor und werden frühestens für Ende Januar erwartet. Bisherige, inoffizielle Äußerungen waren tendenziell ablehnend und forderten vor allem weitere Erläuterungen zu einzelnen Passagen der Erklärung. Während die britische Regierung die Erklärung für sich stehen lassen will, äußert sich der irische Ministerpräsident in Reden und Interviews. Am 2. Januar unterbreitete Reynolds Vorschläge für eine Entmilitarisierung Nordirlands. D. Red.

1. Ministerpräsident *) Albert Reynolds und Premierminister John Major erkennen an, daß die dringendste und wichtigste Aufgabe für die Menschen in Irland, im Norden wie im Süden, sowie für die britische und die irische Regierung darin besteht, die Ursachen des Konflikts zu beseitigen, das Vermächtnis der Geschichte zu bewältigen und die sich daraus ergebenden Spaltungen zu heilen. Sie tun dies in dem Bewußtsein, daß das Fehlen einer dauerhaften und zufriedenstellenden Regelung der Beziehungen zwischen den Völkern beider Inseln zu fortwährenden Tragödien und Leiden beigetragen hat. Sie sind der Ansicht, daß die Entwicklung eines gemeinsamen Rahmens für den Frieden, der seit Anfang letzten Jahres von ihnen erörtert wurde und auf einer Reihe zentraler, von beiden Regierungen im Laufe der vergangenen 20 Jahre festgelegter Grundsätze basiert, in Verbindung mit anderen allgemein anerkannten Grundsätzen den Ausgangspunkt für einen Friedensprozeß darstellt, der auf eine politische Regelung abzielt.

2. Der Ministerpräsident und der Premierminister sind davon überzeugt, daß die Überwindung der Spaltungen in Irland und die Beilegung eines Konflikts, der sich so offenkundig zum Nachteil aller Beteiligten ausgewirkt hat, für ihre Völker und insbesondere für die nächste Generation von unschätzbarem Wert sind. Beide erkennen an, daß die Spaltungen nur zu überwinden sind durch eine Übereinkunft und die Zusammenarbeit der Bevölkerungsgruppen in Nord und Süd, die die beiden Traditionen in Irland repräsentieren. Sie verpflichten sich daher feierlich zur Förderung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen auf der Basis der fundamentalen Grundsätze und Verpflichtungen im Rahmen internationaler Abkommen, die sie gemeinsam getroffen haben, und auf der Grundlage der Garantien, die jede Regierung gegeben hat und jetzt bekräftigt, darunter auch die Verfassungsgarantie für Nordirland. Ihr Ziel ist die Förderung der Einigung und Versöhnung zur Schaffung eines neuen politischen Rahmens, der auf Übereinstimmung basiert und Regelungen innerhalb Nordirlands, für die gesamte Insel und für beide Inseln beinhaltet.

3. Sie sind außerdem der Meinung, daß die Entwicklung Europas neue Konzepte erforderlich machen wird, die den gemeinsamen Interessen beider Teile Irlands dienen, sowie den Interessen von Irland und Großbritannien als Partner in der Europäischen Union.

*) Im Originaltext: Taoiseach Albert Reynolds, d. Red.

4. Der Premierminister bestätigt im Namen der britischen Regierung, daß sie den demokratischen Wunsch der Mehrheit der nordirischen Bevölkerung im Hinblick auf die Frage respektieren wird, ob sie die Union oder ein souveränes vereinigtes Irland unterstützen will. Auf dieser Grundlage wiederholt er im Namen der britischen Regierung, daß sie keine selbstsüchtigen strategischen oder wirtschaftlichen Interessen in Nordirland verfolgt. Ihr primäres Interesse liegt in der Erreichung von Frieden, Stabilität und Versöhnung durch Übereinstimmung zwischen allen Menschen, die auf der Insel leben. Sie wird mit der irischen Regierung zusammenarbeiten, um zu einer Übereinkunft zu gelangen, die sich auf die Gesamtheit der Beziehungen erstrecken wird. Es wird die Rolle der britischen Regierung sein, die Erzielung einer solchen Übereinkunft nach und nach zu unterstützen, zu erleichtern und zu ermöglichen, und zwar durch einen Prozeß des Dialogs und der Kooperation, der auf der Achtung der Rechte und Identitäten der beiden Traditionen in Irland basiert. Die britische Regierung akzeptiert, daß eine solche Übereinkunft von Rechts wegen die Form vereinbarter Strukturen für die Insel als Ganzes annehmen kann, einschließlich eines vereinigten Irlands, das mit friedlichen Mitteln auf folgender Basis erreicht werden kann. Die britische Regierung ist einverstanden, daß es allein der Bevölkerung der irischen Insel obliegt, in beiderseitiger Übereinstimmung ihr Recht auf Selbstbestimmung auf der Grundlage der freien und beiderseitigen Zustimmung des Nordens und des Südens auszuüben, um ein vereintes Irland herbeizuführen, wenn das ihr Wunsch ist. Die britische Regierung bekräftigt noch einmal ihre bindende Verpflichtung, daß sie die notwendigen Gesetze hierfür oder für jede andere Form von Übereinkunft über die künftigen Beziehungen in Irland einbringen wird, über die die in Irland lebende Bevölkerung selber ohne Einmischung von außen frei entscheiden kann. Die britische Regierung ist der Meinung, daß die Bevölkerung Großbritanniens in Freundschaft gegenüber allen Seiten wünscht, die Bevölkerung Irlands auf dem Weg zu einer Übereinkunft darüber zu unterstützen, wie sie in Harmonie und Partnerschaft zusammenleben möchte, mit Respekt vor ihren unterschiedlichen Traditionen und der vollen Anerkennung der besonderen Verbindungen und der einzigartigen Beziehung zwischen den Völkern von Großbritannien und Irland.

5. Der irische Ministerpräsident verweist im Namen seiner Regierung auf die Lektionen der irischen und insbesondere der nordirischen Geschichte, die zeigen, daß Stabilität und Wohlstand nicht unter einem politischen System geschaffen werden können, dem die Zustimmung verweigert wird oder das aus Identitätsgründen von einer bedeutenden Minderheit der Betroffenen zurückgewiesen wird. Aus diesem Grund wäre es falsch zu versuchen, ohne die frei gegebene Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung von Nordirland ein vereintes Irland zu erzwingen. Er akzeptiert für die irische Regierung, daß das demokratische Recht der Selbstbestimmung der Bevölkerung von Irland als Ganzes mit Zustimmung der Mehrheit der nordirischen Bevölkerung erreicht und ausgeübt werden muß und dabei - im Einklang mit Recht und Gerechtigkeit - die demokratische Würde und die Bürgerrechte und die Religionsfreiheit beider Gemeinschaften respektiert werden müssen. Dazu gehören:

- das Recht freien politischen Denkens;
- das Recht auf freie Religionsausübung;
- das Recht, nationale und politische Ziele demokratisch zu verfolgen;
- das Recht, Verfassungsänderungen durch friedliche und legitime Mittel zu erreichen;
- das Recht, ungehindert an einem Ort eigener Wahl zu leben;
- das Recht auf Chancengleichheit bei allen sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten, ungeachtet der Klasse, des Glaubensbekenntnisses, des Geschlechts oder der Hautfarbe.

Diese würden in allen künftigen politischen und verfassungsrechtlichen Regelungen berücksichtigt werden, die sich aus einer neuen und breiter fundierten Vereinbarung ergäben.

6. Der irische Ministerpräsident ist sich jedoch bewußt, daß echte Schwierigkeiten und Barrieren für den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen innerhalb Nordirlands und über Nordirlands hinaus vorhanden sind, unter denen beide Traditionen leiden. Er wird an der Schaffung einer

neuen Ära des Vertrauens arbeiten, in der Mißtrauen gegenüber den Motiven oder Aktionen anderer auf beiden Seiten der Gemeinschaft abgebaut wird. Er glaubt, daß die Zukunft der Insel von der Art der Beziehung zwischen den beiden wichtigsten Traditionsgemeinschaften abhängt, die auf ihr leben. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um ein neues Gefühl des Vertrauens zwischen diesen Gemeinschaften aufzubauen. In Anerkennung der Befürchtungen der Unionisten und als Zeichen seiner Bereitschaft, einen persönlichen Beitrag zur Schaffung dieses notwendigen Vertrauens zu leisten, wird der Ministerpräsident mit seinen Kollegen jedes Element im demokratischen Leben und Aufbau des irischen Staats prüfen, das der irischen Regierung im Verlauf des politischen Dialogs als reale und substantielle Bedrohung der Lebensweise und des Ethos der unionistischen Gemeinschaft vorgehalten werden kann oder das ihr als nicht voll mit einer modernen demokratischen und pluralistischen Gesellschaft übereinstimmend vorgehalten werden kann, und er verpflichtet sich, jede erdenkliche Möglichkeit zur Ausräumung solcher Hindernisse zu prüfen. Eine derartige Prüfung würde natürlich unter angemessener Berücksichtigung des Strebens erfolgen, die ererbten Werte zu bewahren, die weitgehend für die ganze Insel gelten oder zu den kulturellen und historischen Wurzeln der Menschen auf dieser Insel in ihrer ganzen Vielfalt gehören. Der Ministerpräsident hofft, daß es im Laufe der Zeit zu einer Übereinstimmung von Herz und Geist kommen wird, die alle Menschen in Irland zusammenführen wird, und er wird auf dieses Ziel hinarbeiten. Für die Zeit bis dahin versichert er, daß als Ergebnis der Bemühungen um Vertrauensbildung kein nordirischer Unionist in Zukunft jemals fürchten muß, daß die Verwirklichung dieses Ideals mit Drohung oder Zwang verfolgt wird.

7. Beide Regierungen stimmen darin überein, daß die irische Einheit nur erreicht werden kann, wenn diejenigen, die dieses Ergebnis befürworten, die anderen, die es ablehnen, friedlich und ohne Zwang oder Gewalt überzeugen, und daß, wenn in Zukunft eine Mehrheit der Bevölkerung in Nordirland die Einheit wünscht, beide Regierungen diesen Wunsch unterstützen und auf eine gesetzliche Basis stellen. Doch ungeachtet der feierlichen Bekräftigung beider Regierungen im anglo-irischen Abkommen, daß jegliche Änderung des Status von Nordirland nur mit Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung Nordirlands herbeigeführt werden könne, ist sich der Ministerpräsident der anhaltenden Unsicherheiten und Befürchtungen bewußt, die die Einstellung der nordirischen Unionisten gegenüber dem übrigen Irland in großen Teilen beherrschen. Er glaubt, daß wir einen Zeitpunkt unserer Geschichte erreicht haben, in dem die echten Gefühle aller Traditionsgemeinschaften im Norden anerkannt und berücksichtigt werden müssen. Er appelliert daher zu diesem Zeitpunkt an beide Traditionsgemeinschaften, die Chance zu einem Neuanfang zu nutzen, der für unser aller Leben und das künftiger Generationen so vielversprechend sein könnte. Er fordert die Menschen in Nordirland auf, die Bevölkerung der Republik als Freunde zu betrachten, die ihren Kummer und ihre Scham über all das Leiden im vergangenen Vierteljahrhundert teilen und den Wunsch haben, die bestmöglichen Beziehungen zu ihnen aufzubauen - Beziehungen, in denen Vertrauen und neues gegenseitiges Verständnis wachsen und gedeihen können. Der Ministerpräsident ist sich bewußt, daß die Verfassung der Republik Irland Elemente enthält, die den Unionisten im Norden zutiefst zuwider sind, die aber zugleich Hoffnungen und Ideale widerspiegeln, die vielen Männern und Frauen im Norden und im Süden Irlands sehr am Herzen liegen. Doch da wir uns einer neuen Ära der Verständigung annähern, in der sich neue vertrauensvolle Beziehungen entwickeln und der irischen Insel Frieden bringen können, hält der Ministerpräsident die Zeit für gekommen, gemeinsam zu überlegen, wie die Hoffnungen und Eigenarten aller in ein ausgewogeneres Verhältnis gebracht werden können, das nicht länger zu der Spaltung und dem Mißtrauen führt, die er angesprochen hat. Er bestätigt, daß die irische Regierung für den Fall einer Gesamtlösung als Teil einer ausgewogenen verfassungsrechtlichen Regelung Vorschläge für eine Änderung der irischen Verfassung vorlegen und befürworten wird, die das Konsensprinzip in Nordirland voll widerspiegeln würden.

8. Der Ministerpräsident erkennt die Notwendigkeit an, in einen Dialog einzutreten, in dem mit Ehrlichkeit und Integrität die Befürchtungen aller Traditionen angesprochen werden. Doch dieser Dialog - sowohl im Norden selber wie auch zwischen den Bevölkerungen beider

Teile Irlands und ihrer Vertreter - muß in Anerkennung der Tatsache geführt werden, daß die künftige Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen der Insel von einem offenen, ehrlichen und ausgewogenen Lösungsansatz für all die Probleme abhängen wird, die für allzu lange Zeit die Spaltung verursacht haben.

9. Die britische und die irische Regierung werden sich gemeinsam mit den verfassungskonformen Parteien Nordirlands bemühen, auf dem Wege eines politischen Dialogs Institutionen und Strukturen zu schaffen, die die Bevölkerungsgruppen Irlands unter Berücksichtigung ihrer Unterschiedlichkeit in die Lage versetzen sollen, in allen Bereichen gemeinsamen Interesses zusammenzuarbeiten. Dies wird nach und nach dazu beitragen, das Vertrauen aufzubauen, das zur Ausräumung der Spaltungen der Vergangenheit erforderlich ist und zu einer allseits erstrebten und friedlichen Zukunft führt. Solche Strukturen müßten natürlich die besonderen Bindungen zwischen den Bevölkerungen Großbritanniens und Irlands als Teil der Gesamtheit der Beziehungen berücksichtigen und gleichzeitig den neu geschaffenen Bindungen zum restlichen Europa Rechnung tragen.

10. Die britische und die irische Regierung bekräftigen, daß die Erlangung des Friedens die endgültige Beendigung der Anwendung oder Unterstützung paramilitärischer Gewalt voraussetzt. Sie bestätigen, daß unter diesen Bedingungen demokratisch gewählte Parteien, die sich zu ausschließlich friedlichen Methoden bekennen und ihr Festhalten an demokratischen Verfahren unter Beweis gestellt haben, die Möglichkeit haben, uneingeschränkt an demokratischer Politik mitzuwirken und sich zu gegebener Zeit an dem Dialog zwischen den Regierungen und den politischen Parteien über den Weg nach vorn zu beteiligen.

11. Die irische Regierung wird im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs ihre eigenen Regelungen treffen, um demokratischen Parteien gemeinsame Beratungen und die Teilnahme am Dialog über die politische Zukunft zu ermöglichen. Der Ministerpräsident wünscht, daß diese Regelungen ein in gemeinsamer Beratung mit anderen Parteien gegründetes Forum für Frieden und Versöhnung vorsehen, das Wege empfehlen soll, Einigkeit und Vertrauen zwischen den die zwei Traditionen Irlands repräsentierenden Bevölkerungsgruppen zu fördern und zu festigen.

12. Der Ministerpräsident und der Premierminister sind entschlossen, auf dem brennenden Wunsch ihrer beiden Völker aufzubauen, alte Ängste und Feindseligkeiten durch ein Klima des Friedens ersetzt zu sehen. Sie glauben, daß der von ihnen geschaffene Rahmen der irischen Bevölkerung in Nord und Süd, ungeachtet der jeweiligen Tradition, eine Grundlage bietet übereinzukommen, daß ihre Differenzen von nun an durch Verhandlungen und ausschließlich mit friedlichen politischen Mitteln beigelegt werden können. Sie appellieren an alle Betroffenen, die Gelegenheit für einen Neubeginn zu ergreifen. Ein derartiger Schritt gefährdete weder Haltungen und Grundsätze, noch beeinträchtigte er die Zukunft der beiden Gemeinschaften. Im Gegenteil, er wäre ein unvergleichlicher Gewinn für alle. Er durchbräche ganz entschieden den Kreis der Gewalt und das damit verbundene unerträgliche Leid der Menschen dieser Inseln und insbesondere der beiden Gemeinschaften Nordirlands. Mit einem derartigen Schritt ließe sich im Rahmen der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit das Potential für Wohlstand und gegenseitiges Verständnis auf der Insel voll ausschöpfen. Er würde die Aussichten erhöhen, auf den schon im Verlauf der Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen und den konstitutionellen Parteien Nordirlands erzielten Fortschritten aufzubauen. Der Ministerpräsident und der Premierminister glauben, daß diese Vereinbarungen eine Möglichkeit bieten, den Grundstein für eine friedlichere und harmonischere Zukunft ohne Gewalt und bittere Spaltungen zu legen, die bei der vorherigen Generation tiefe Wunden hinterließen. Sie verpflichten sich und ihre Regierungen, die Zusammenarbeit mit diesem Ziel unablässig fortzusetzen.